

---

Paul Hirst

---

# **Genossenschafts-Sozialismus**

## Perspektiven einer vergessenen Gesellschaftsutopie

---

Prof. Dr. Paul Hirst lehrt Social Theory am Birkbeck College der University of London.

I.

Ende der 1980er Jahre haben der Sozialismus und die Sozialdemokratie beide eine Sackgasse erreicht. Der zentralisierte Staatssozialismus hat sich als völliger Fehlschlag erwiesen, und der Zusammenbruch des Sowjetischen Rei-

ches hat ihn aus der Reihe der glaubwürdigen politischen Projekte entfernt. Die westliche Sozialdemokratie ist ebenso fehlgeschlagen, da die Bedingungen für die keynesianischen Wirtschaftsstrategien der Nachkriegszeit nicht mehr gültig sind. Gleichzeitig bieten repräsentative Demokratie und der Liberalismus einer freien Marktwirtschaft unzulängliche Alternativen. Das westliche Überlegenheitsgefühl erscheint hohl angesichts einer weitreichenden Krise demokratischer Verantwortlichkeit und weit verbreiteter wirtschaftlicher Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, die sich aus der wirtschaftsliberalen Politik ergibt.

Wie können demokratische Sozialisten auf diese Krise eines unakzeptablen Kapitalismus der freien Marktwirtschaft und auf das Versagen der linken Alternativen antworten? Zunächst müssen wir erkennen, daß Sozialismus nicht an bestimmte Institutionen oder an eine bestimmte Politik wie Staatseigentum, zentrale Planung oder Keynesianismus gebunden ist. Dies sind lediglich Wege, bestimmte fundamentale sozialistische Ziele anzustreben, und sie müssen verändert oder aufgegeben werden, wenn die Bedingungen sich ändern. Demokratische Sozialisten stehen für Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung und Gemeinschaft, für Verantwortlichkeit und Streuung von Macht und für das größte Maß an wirtschaftlicher Gleichheit, das erreichbar ist. Ein Weg, diese Prinzipien wiederherzustellen, ist die Rückbesinnung auf die Tradition des Sozialismus, die einen libertären auf Selbsthilfe bauenden Ansatz am stärksten betonte, auf den genossenschaftlichen Sozialismus Pierre-Joseph Proudhons und George Douglas Howard Coles.

Dieser Sozialismus wurde vom Bolschewismus und von der europäischen Sozialdemokratie beiseitegeschoben. Diese beiden Bewegungen arbeiteten mit und funktionierten durch staatliche Kontrolle: die eine durch einen autoritären Staat und Kommandowirtschaft; die andere durch einen liberalen demokratischen Staat und gemäßigte Marktwirtschaft. In der Ära der Weltkriege und der relativen Leistungsfähigkeit von Massenproduktion boten sie realistische Lösungen für den Versuch, dem uneingeschränkten Kapitalismus entgegenzutreten: die eine war brutal und an wirtschaftliche Rückständigkeit, die andere human und an fortschrittliche Wirtschaftssysteme angepaßt.

Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Rückgang des langen Nachkriegsbooms und der Vorherrschaft der fordistischen Produktionsweise bietet keine Position die Vorteile, die sie zuvor hatte. Zentrale staatliche Kontrolle ist nicht länger notwendig, um alle sozialen Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren. In einer offenen internationalen Wirtschaft, verknüpft durch dicht vernetzte Handelsstrukturen und finanzielle Transaktionen zwischen den Industrienationen, gibt es weniger Spielraum für rein nationale Eingriffe in die Wirtschaft. Märkte für Industriegüter sind differenzierter und unbeständiger geworden, und so ist der Spielraum für den langfristigen Vertrieb von genormten Waren und für großangelegte Massenproduktion kleiner. Kleinere Firmen und regionale Wirtschaftsgebiete sind als Schlüsselinstitutionen wieder aufgetaucht. Große Firmen dezentralisieren und verändern ihre Stra-

tegien, indem sie ein höheres Niveau von Verantwortlichkeit und Autonomie für die Arbeitnehmerseite betonen. Die sozialdemokratische Nachkriegsstrategie keynesianischer Art, die Vollbeschäftigung herzustellen, indem nationale Konsumentenbedürfnisse angekurbelt wurden, ist mit der Internationalisierung von Devisenkursen, Zinssätzen und Kapitalbewegungen unwirksam geworden. Dies trifft gleichzeitig auch für die Möglichkeiten einer interventionistischen, zentralgeleiteten Industriepolitik zu, die von stetigem Wachstum und vorhersagbaren Massenmärkten abhängig ist, welche wiederum von leicht kontrollierbaren großen Firmen beherrscht werden.

Märkte lassen sich durch zentrale Staatskontrolle nicht mehr so leicht stabilisieren und regulieren. Doch können sie weder in einen Zustand der Anarchie entlassen werden, noch können große Gesellschaften quasi Privatregierungen überlassen bleiben, die keinem verantwortlich sind und die die Freiheit haben, Kapital zu verschieben und die Arbeitnehmer zu befehligen, je nachdem wie der internationale Vorteil es verlangt. In diesem Zusammenhang wird der Genossenschafts-Sozialismus relevant, denn er betont beides, sowohl daß Wirtschaftsbetriebe selbstverwaltete Verbände sein sollen, die genossenschaftliches Eigentum sind, als auch daß diese Genossenschaften nicht nur durch den Markt verbunden sein müssen, sondern auch durch Netze freiwilliger Zusammenarbeit und Koordination.

## II.

Weder Proudhon noch Cole können einfach wieder zum Leben erweckt werden; ihre Ideen müssen modernen Bedingungen angepaßt werden. Eine solche Modernisierung ist jedoch keineswegs unmöglich, denn die erfolgreichsten kapitalistischen Bereiche sind diejenigen, die es in der Tat schaffen, einen Ausgleich zwischen Kooperation und Wettbewerb zu finden, und in denen Kapital, Arbeitnehmer, Firmen und örtliche Regierungsbehörden zusammenarbeiten. Darüber hinaus ermöglicht eine solche Zusammenarbeit es kleineren Firmen und regionalen Wirtschaftsgebieten, mit großen Unternehmen zu konkurrieren, indem Kostenvorteile aufgrund wirtschaftlicher Größe mit Hilfe kollektiver Dienstleistungen ausgeglichen und Einsparmöglichkeiten durch Zusammenarbeit und breitgestreute Produktion genutzt werden.

Solch ein Sozialismus kann also zumindest auf einige zeitgenössische Erfahrungen aufbauen, aber er setzt eine grundlegende Wandlung der Haltung der Sozialisten zum Staat voraus. Die Linke ist vom Dirigismus hypnotisiert worden. Sogar gemäßigte Sozialdemokraten haben es befürwortet, dem Staat immer mehr Aufgaben zu übertragen. Das Ergebnis war, daß der Staat mehr Macht bekam und die Sozialisten außerhalb des Staates weniger Handlungsspielraum für Aktionen. Das hat uns zu Klienten des Staates werden lassen. Als Folge davon ist der Sozialismus seiner Energie, kreative *soziale* Bewegung zu sein, beraubt worden und hat sich von dem Ziel abgewandt, seine eigenen Institutionen in der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln. Als Arbeiter und Wohlfahrtsempfänger sind die Bürger passive Konsumenten von staatlichen

Dienstleistungen geworden und folglich zu immer weniger aktiven Mitgliedern der Arbeiterbewegung. Je erfolgreicher die dirigistische Sozialdemokratie war, desto mehr verkümmerten ihre sozialen Wurzeln.

In dem Maße, in dem der Staat immer mehr Dienstleistungen zur Verfügung stellte, ist das Individuum immer weniger in den Genuß der Freiheit gekommen, selbst zu bestimmen, wie diese bereitgestellt werden. Der Bürger ist zum Objekt von Managerentscheidungen und behördlichem Ermessen von Staatsbeamten geworden. Demokratisierung muß, um effektiv zu sein, Formen einer ausgedehnten Dezentralisierung von Macht und einer größeren Kontrolle von Arbeit und sozialen Einrichtungen durch selbstverwaltete, freiwillige Genossenschaften annehmen. Eine derartige Demokratisierung ist mit dem wachsenden sozialen Pluralismus moderner Gesellschaften vereinbar, und sie vervollständigt ihn durch eine neue Form eines politischen Pluralismus. Das bedeutet, daß Sozialisten mit anderen Vereinigungen, wie zum Beispiel religiösen Gruppen, um soziale Selbstverwaltung wetteifern würden. Ihr Erfolg würde an ihrer Kompetenz und Kreativität bei der Organisation der Angelegenheiten einer bürgerlichen Gesellschaft gemessen werden. Dies würde aus den Köpfen der Gegner ein für allemal das Hirngespinnst von Sozialisten entfernen, die die Staatsmacht an sich reißen, um eine ausschließlich „sozialistische“ Gesellschaft aufzubauen, in der sämtliche Macht und die Fähigkeit, die Zukunft zu gestalten, allein das Privileg von Sozialisten wäre. Und es würde die Ausschließlichkeit radikaler sozialistischer Konzepte überwinden, die sie bisher zu einer Randerscheinung in einer freien Gesellschaft verdammt hat, sowie den Institutionskonservatismus der Sozialdemokratie andererseits, der sie angesichts der Ministerialbürokratie und der Macht der Unternehmen zur Passivität gezwungen hat.

### III.

Wir müssen erkennen, daß moderne Öffentlichkeiten gegenüber radikalen sozialen Experimenten mißtrauisch sind. Der Genossenschafts-Sozialismus kann sich nur Respekt verschaffen, wenn er, wie die Sozialdemokratie, bei stufenweise vorgenommenen, sozialen Reformprojekten erfolgreich sein kann. Wie kann das bewerkstelligt werden? Erstens müssen wir erkennen, daß die moderne Sozialdemokratie, die höhere Löhne und höhere Sozialleistungen durch Wachstum finanzierte, festgefahren ist, weil das Wachstum weniger schnell und weniger sicher geworden ist. Das bedeutet, daß ein sozialistischer sozialer Fortschritt durch die Neuverteilung von beidem, von Arbeit und von Wohlstand, bedingt sein muß und nicht allein durch die Steigerung der Arbeitnehmerinkommen. Die Vollbeschäftigung wird nur zurückkehren, wenn die Arbeiter eine Verantwortung für die Beschäftigung übernehmen und die Bürde nicht an einen derzeit hierfür unfähigen Staat weitergeben. Aber die Arbeiter werden erst anfangen, dies zu tun, wenn sie ein gewisses Maß an Kontrolle über ihre eigenen Firmen erlangt haben und wenn sie zugleich bereit sind, auch ein gewisses Maß an Verantwortung für die Notwendigkeit zu über-

nehmen, die Arbeit neu zu verteilen. Wie könnte das geschehen? Durch eine Kombination von allmählicher Ausdehnung der Mitbestimmung und dem Anstieg des Kapitaleigentums der Arbeiter an ihren Firmen durch Kauf, Prämien und Gewinnbeteiligung. Dieses persönliche Eigentum der Arbeiter könnte in eine Teilkontrolle umgewandelt werden, wenn die Arbeiter lernen würden, ihre Aktien zusammenzulegen und gemeinsam zu handeln. Solch eine „Sozialisierung“ der Firma ginge freiwillig, partiell und schrittweise vonstatten - nicht schnell und durch Gesetzgebung erzwungen. Eine derartige stufenweise Veränderung könnte von Managern und Arbeitern gleichermaßen akzeptiert werden. Sie wäre aber von der Bereitschaft der Arbeiter abhängig, die neuen Ziele zu akzeptieren und langfristig zu denken, und von der der Gewerkschaften, die neuen Ideen und neuen Verantwortlichkeiten hinsichtlich ihrer Funktion zu akzeptieren.

Zweitens müssen wir erkennen, daß zentralisierte Wohlfahrtsstaaten die Bürger nicht emanzipieren, sondern zu Klienten machen. Durch niedriges Wachstum und durch die fehlende Bereitwilligkeit der gut verdienenden Beschäftigten, höhere Steuern zu zahlen und irgendwelche, dem Alltag entrückte Bürokraten zu unterstützen, deren Entscheidungen über Ausgaben ihnen geheimnisvoll erscheinen mögen, stehen solche Staaten jetzt selbst unter Druck. Zwei Möglichkeiten bieten sich an. Eine ist, das minimale soziale Sicherheitsnetz in ein garantiertes Mindesteinkommen umzuwandeln, das allen Erwachsenen ein gewisses Maß an Unabhängigkeit und Freiheit dahingehend gibt, daß es ihre grundlegenden Sozialbedürfnisse abdeckt. Die andere ist, einen Teil der derzeitigen Staatsausgaben freiwilligen Wohlfahrtsverbänden durch Steuervergünstigungen und direkte Zuschüsse zukommenzulassen. Die Bürger könnten sich dann selbst um ihre individuellen Sozialbedürfnisse kümmern und diejenigen selbstverwalteten Einrichtungen aussuchen, durch die diese befriedigt werden. Solche Maßnahmen könnten die bürokratischen Hindernisse von zentralisierten Wohlfahrtsstaaten aufbrechen und den Bürgern ein gewisses Maß an Freiheit in bezug auf die Frage geben, wieviel Einkommen sie ihren eigenen und den Sozialbedürfnissen der anderen widmen wollen. Dies könnte höhere Beiträge in einer Art und Weise erbringen, wie es allgemeine Besteuerung und Sozialversicherungspflicht nicht länger sicherstellen können. Beide Maßnahmen beschneiden den reinen Individualismus des Liberalismus einer freien Marktwirtschaft. Sie ermöglichen eine freie Auswahl, aber nicht nur durch passives Konsumieren auf dem Markt. Sie umgehen die Rhetorik von „Volkskapitalismus“ und Steuerherabsetzungen. Aber sie werden das nur dann tun können, wenn die sozialistische Bewegung in eine neue Phase schöpferischer Tatkraft eintreten und neue Institutionen aufbauen kann, um Arbeiter und Bürger im Hinblick auf die neuen Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung zu begeistern. Sie bieten freiwillige Zusammenarbeit und Gegenseitigkeit als eine Alternative zu Wettbewerb und rein individuellem Konsum.

Solch eine Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft auf Genossenschaften zu wird nur funktionieren, wenn der Staat sich selbst ändert. Der zentralisierte Nationalstaat wird sowohl durch die Föderalisierung Europas als auch durch die zunehmende Bedeutung und Leistungsfähigkeit von Regionalregierungen geschwächt. Gleichzeitig stehen wir der Gefahr gegenüber, daß als unbeabsichtigte Folge dieser Veränderungen neue Bürokratien, die keinem verantwortlich sind, wie etwa eine europäische Zentralbank, beispiellose Macht erlangen werden. Um Vorstellungen von der Gestalt Europas zu entwickeln, die kennzeichnend für die Linke sind, müssen wir die Ideen Proudhons und Coles wiederbeleben, das föderative Prinzip als Grundlage für eine neue Politik aufnehmen. Indem wir dieses Prinzip benutzen, können wir uns derzeit modische Ideen, wie „Subsidiarität“ und ein „Europa der Regionen“ zunutze machen.

#### IV.

Wir befinden uns in einem Augenblick der Entscheidung. Der europäische Sozialismus kann zu einer Belanglosigkeit werden, wenn er den sozialdemokratischen Lösungen verhaftet bleibt, die ihm bis zu den 1980er Jahren so hervorragend dienlich waren, sich jetzt aber in einer Krise befinden. Um heute relevant zu sein, muß der Sozialismus sowohl radikal sein, indem er neue Lösungen für veränderte Bedingungen anbietet und langfristige Zielsetzungen fördert, und doch vorsichtig bei der Durchführung derselben. Wir können es uns nicht leisten, daß wir uns entweder den einfachen Leuten oder den Managern durch überstürzte Versuche, solche Ziele mittels Staatsgewalt in die Praxis umzusetzen, entfremden.

Die Rückbesinnung auf die Prinzipien der Genossenschaftlichkeit und Gegenseitigkeit bieten die Aussicht auf radikale Änderungen durch schrittweises Vorgehen, indem sie durch freiwillige Kooperation und stückweise gesetzliche Änderungen eine Alternative aufbauen. Die Sozialdemokratie war unter verschiedenen Bedingungen gerade deshalb erfolgreich, weil sie langfristige Ziele mit stufenweisem Fortschreiten verband. Genossenschaftlichkeit ist daher nicht der Aufbruch nach Utopia, aber er ist für Sozialisten ein sehr neuer Weg, über sozialen Wiederaufbau nachzudenken. Er ist neu, weil wir an ihm zugunsten einer ehemals erfolgreichen Alternative vorbeigingen. Wir müssen den Sozialismus neu definieren, wenn er sich selbst erneuern und große Teile der Bevölkerung ansprechen soll, die gegenüber der Arbeiterbewegung zunehmend ernüchtert oder gleichgültig sind.